



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Nata-scha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen, Susann Biedefeld** und Fraktion (SPD)

### **Sonderprogramm „Freiwilliges Soziales Jahr mit Flüchtlingsbezug“ schaffen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, analog zum Sonderprogramm „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“, ein Konzept für ein Sonderprogramm „Freiwilliges Soziales Jahr mit Flüchtlingsbezug“ vorzulegen.

Der Freistaat Bayern stellt den Trägern der Freiwilligendienste Mittel für die Schaffung von bis zu 1.500 Einsatzstellen zur Verfügung. Zusätzlich sind Intensivsprachkurse zu Dienstbeginn sowie einsatzbegleitende Maßnahmen zur Erlangung beziehungsweise Verbesserung deutscher Sprachkenntnisse zu finanzieren.

Erforderlichenfalls legt die Staatsregierung dem Landtag einen Vorschlag zur Sicherstellung der Finanzierung vor.

### **Begründung:**

Am 24. November 2015 hat Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig das Sonderprogramm „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ vorgestellt. Der Bund stellt bis zu 10.000 zusätzliche Bundesfreiwilligendienstplätze zur Verfügung, die außer für deutsche Freiwillige auch offen sind für Asylberechtigte, Personen mit internationalem Schutz nach der Richtlinie 2011/95/EU und Asylbewerberinnen und Asylbewerber, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist.

Durch die Ausweitung des Freiwilligen Sozialen Jahrs werden verschiedene Ziele erreicht: Zum einen wird vorhandenes Potenzial der teilnehmenden Flüchtlinge erschlossen und ein Beitrag zu deren Integration in Deutschland geleistet. Zum anderen wird durch die Einbindung von Flüchtlingen die Akzeptanz für Flüchtlinge in der Bevölkerung gesteigert. Darüber hinaus ist eine Verbesserung der Betreuung und Unterstützung für Asylbewerber und Flüchtlinge zu erwarten. Nicht zuletzt stellt die Schaffung zusätzlicher Freiwilligendienststellen eine dringend notwendige Entlastung und Unterstützung der ehrenamtlich in diesem Bereich Engagierten dar.

In Bayern besteht großes Interesse an einem Ausbau der Freiwilligendienste. So hatte sich der Integrationsbeauftragte der Staatsregierung, Martin Neumeyer, bereits im Juni presseöffentlich für eine Ausweitung des Bundesfreiwilligendienstes auf die Flüchtlingshilfe ausgesprochen.

Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, den Trägern der Freiwilligendienste die Schaffung von Einsatzstellen über ein Sonderprogramm „Freiwilliges Soziales Jahr mit Flüchtlingsbezug“ zu ermöglichen. Bei der konzeptionellen Ausgestaltung sollte sich die Staatsregierung an den Eckpunkten des Sonderprogramms „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ orientieren.